
Verpflichtungserklärung

Der/die ... (juristische Person des öffentlichen Rechts)

vertreten durch den Landrat/Bürgermeister etc. ...

verpflichtet sich unwiderruflich, für den Fall der Beendigung der Mitgliedschaft im Abrechnungsverband (AV) ... der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und Zahlungsunfähigkeit der

... neues Mitglied (juristische Person des privaten Rechts bzw. Personengesellschaft)

an die RZVK den nach § ... i. V. m. den §§ ... ff. der RZVK-Satzung vorgesehenen finanziellen Ausgleich bis zu einer Höhe von ... € zu erbringen und die zu seiner Ermittlung erforderlichen Kosten an die RZVK zu zahlen.

Diese Verpflichtungserklärung erstreckt sich auch auf die laufenden Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Umlagen und Sanierungsgelder bei Zahlungsunfähigkeit des Mitglieds.

Der in Satz 1 genannte Betrag steht unter dem Vorbehalt einer regelmäßigen Überprüfung und entsprechenden Anpassung. Die Kosten für das dafür erforderliche Gutachten trägt ... (neues Mitglied). Die Überprüfung erfolgt alle fünf Jahre, erstmals fünf Jahre nach Beginn der Mitgliedschaft ... (neues Mitglied) im AV ... der RZVK. Die Anpassung des Betrages aus einem wichtigen Grund ist jederzeit möglich.

Ort, Datum

Siegel

rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis:

Diese Verpflichtungserklärung wird im Einzelfall auf die individuellen Anforderungen angepasst.